



Der Kommunalbrief

1. Ausgabe 2022

Quartiersansatz im Gebäudebereich stärken und Fachkräftemangel adressieren

Die Kommunalwirtschaft unterstützt das Ziel eines EU-weit emissionsfreien Gebäudebestandes bis 2050. Um den notwendigen Handlungsspielraum vor Ort nicht unangemessen einzuschränken, dürfen einzelne Technologien nicht privilegiert werden. Diesem Prinzip sollten auch die „Zero-Emission-Building“-Standards für Neubauten folgen.

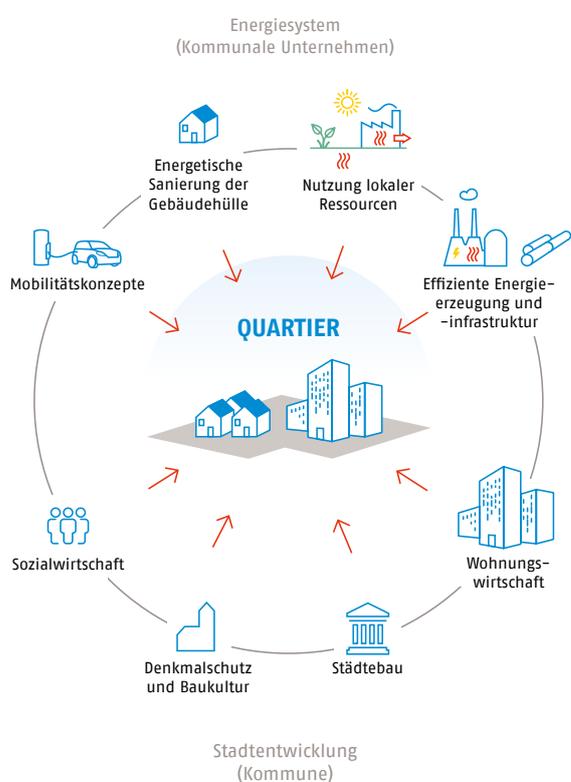
Durch die gebäude- und grundstücksübergreifende Versorgung mit Strom, Wärme, klimaneutralen Energieträgern und Ladeinfrastruktur erschließen kommunale Unternehmen mit effizienten Lösungen Synergien. Um diese wertvollen Skaleneffekte auf dem Weg zur Klimaneutralität weiterhin nutzbar zu machen, müssen stadtteilbezogene Ansätze entsprechend der „Renovierungswelle“ breit implementiert und nicht auf Erneuerbare-Energien-Gemeinschaften beschränkt werden. Der Quartierslösungsansatz sollte auf EU-Ebene stärker etabliert werden.

Der Kommissionsvorschlag berücksichtigt kaum, dass die neuen Zielvorgaben die Nachfrage nach Dienstleistungen, Produkten und Baustoffen weiter verschärft werden. Das ist auch für das sehr ambitionierte Zeitfenster für öffentliche Gebäude von Relevanz und sollte in der nationalen Umsetzung der Pflicht zur Erreichung einer bestimmten Mindesteffizienz Berücksichtigung finden.

Um den Gebäudebestand bis 2050 zu dekarbonisieren, sollte:

- **Der Quartiersansatz gestärkt werden.**
- **Keine technologische Vorfestlegung durch „Zero-Emission-Building“-Standards erfolgen.**
- **Der Fachkräfte- und Ausbildungsmangel stärker adressiert werden.**

Der Quartiersansatz in der Praxis



Quelle:
Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

© Verband kommunaler
Unternehmen (VKU)

Gebäudeenergieeffizienz



Direkt zur
[VKU-Stellungnahme zur Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie](#)

**DIE KOMMUNALEN
UNTERNEHMEN**



Gasverteilnetz für schnellen H₂-Markthochlauf nutzen

Die Kommunalwirtschaft unterstützt das Ziel des „REPowerEU“-Plans der EU-Kommission, den Energiebezug vor dem Hintergrund der derzeitigen geo- und klimapolitischen Lage schnell zu dekarbonisieren und zu diversifizieren. Bei einer noch schnelleren und ambitionierteren Umsetzung des „Green Deal“ nimmt Wasserstoff zurecht eine herausragende Rolle ein. Dieser gasförmige Energieträger speichert überschüssigen Strom, koppelt Sektoren und sichert die Versorgung in Dunkelflauten Erneuerbarer Energien. Bereits jetzt kann zum Transport auf die bestehende sowie schnell, kosteneffizient und CO₂-sparend umstellbare Gasnetzinfrastruktur zurückgegriffen werden.

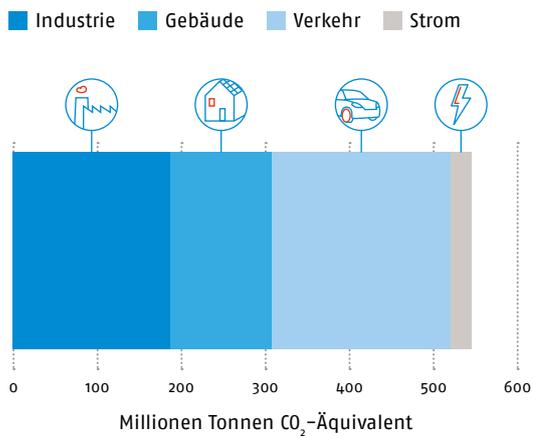
Expertise kommunaler Unternehmen einbinden

Die Kommunalwirtschaft ist zentraler Partner beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Die heimische Produktion von Wasserstoff und seine Verteilung werden auf Ebene der Verteilnetze stattfinden. Kommunale Unternehmen sind Experten in der Verknüpfung der Sektoren Energie, Gebäude und Verkehr und natürlicher Akteur beim Einsatz von Wasserstoff vor Ort und in der Region. Mit einem ca. 334.000 km langen Gasnetz, das bereits 1,8 Millionen Industriekunden z.B. in Deutschland versorgt, verfügen sie auch über die entsprechende Infrastruktur, um die Dekarbonisierungserwartungen der an die Gasverteilnetze angeschlossenen Haushalts- sowie mittelständischen Industrie- und Gewerbekunden einzulösen. Damit sie mit Erfahrung und Expertise weiterhin einen wertvollen Beitrag zur schnellen Dekarbonisierung und Diversifizierung der Energieversorgung leisten können, benötigen sie politische und rechtliche Rückendeckung.

Für eine schnelle Dekarbonisierung sollte(n):

- **Wasserstoff als Bindeglied zwischen den Sektoren betrachtet werden.**
- **Gasverteilnetze als grundsätzlich H₂-ready und besonders wirtschaftlich anpassungsfähig berücksichtigt werden.**
- **Gasverteilnetzbetreibern Investitionsanreize geschaffen und Planungssicherheit gewährleistet werden.**

Mögliche jährliche CO₂-Einsparungen beim Umstieg auf Wasserstoff (2050)



Quelle: Ready4Hz

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)





Regulierungsrahmen von Gas- und Wasserstoffpaket nachbessern

Um die Wasserstoffwirtschaft jetzt hochzufahren, sind die bestehenden Gasnetze essentiell. Nur mit ihnen werden wir den importierten und heimisch produzierten Wasserstoff transportieren und verteilen können. Diese Realität erfordert wesentliche Änderungen am Vorschlag der EU-Kommission für ein Gas- und Wasserstoffpaket.

Bestehende Entflechtungsregeln für Strom und Gas auf Wasserstoffnetze übertragen

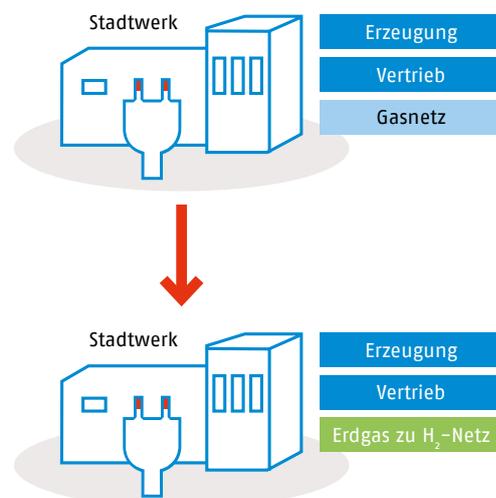
Die vorgeschlagene unternehmerische Trennung zwischen Erdgas- und Wasserstoffnetzen würde es vielen Akteuren wie Stadtwerken fast unmöglich machen, Wasserstoff zu produzieren und die Verteilung zu organisieren. Für Verteilnetzbetreiber wäre das Betreiben zukünftiger Wasserstoffnetze wirtschaftlich nicht rentabel. Eine kostengünstige Dekarbonisierungsoption würde verhindert werden. Es käme zum Aufbau einer teuren zweiten Infrastruktur und der Etablierung neuer Schnittstellen sowie aufwändiger Abstimmungsprozesse. Die sozial verträgliche Dekarbonisierung der Gasversorgung wäre damit gefährdet. Letztlich würde auch die Wahrnehmung der Aufgabe der Daseinsvorsorge durch kommunale Unternehmen in Frage gestellt werden. Ein Großteil der Gasnetze befindet sich in kommunaler Hand.

Die bestehenden Entflechtungsregeln für Strom und Gas haben sich hingegen zur Herstellung des Wettbewerbs im Bereich der Gasverteilnetze bereits bewährt. Sie sollten auch für Wasserstoffverteilnetze angewendet werden, um Gasverteilnetze für den Hochlauf der Wasserstoffversorgung gewinnbringend einbinden zu können und eine ineffiziente Transformation zu vermeiden.

Um den schnellen Hochlauf einer europäischen Wasserstoffwirtschaft zu erreichen, muss:

- **Sichergestellt werden, dass die Entflechtungsregeln von Artikel 42 der Gasbinnenmarkttrichtlinie anstelle von Artikel 62ff. für Wasserstoffverteilnetzbetreiber gelten.**
- **Eine gemeinsame Regulierung von Erdgas und Wasserstoff, unter Beibehaltung der bewährten Entflechtungsregeln für Verteilnetzbetreiber, erfolgen.**

Übertragung der Entflechtungsregeln für Strom und Gas auf Wasserstoffnetze



Quelle: H2vorOrt

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Direkt zum

[VKU-Positionspapier zum Gaspaket](#)

Gaspaket

Verband kommunaler Unternehmen e.V.
German Association of Local Public Utilities

Büro Brüssel
9-31 Avenue des Nerviens, 1040 Brüssel
Fon +32 2 740 16 50
infobruessel@vku.de
www.vku.de/verband/struktur/vku-in-bruessel

Direkt zu allen VKU-Stellungnahmen zum „Fit für 55“-Paket:



Datengetriebene Daseinsvorsorge kommunaler Unternehmen stärken

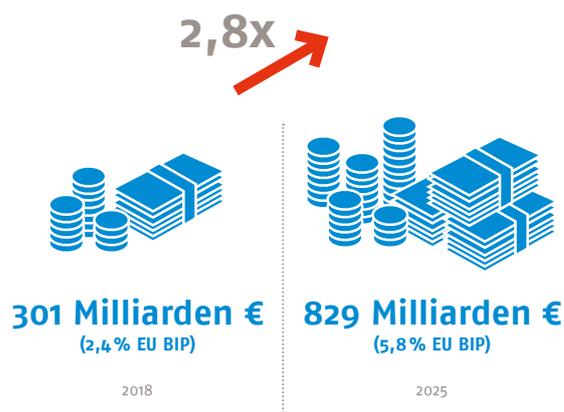
Die Kommunalwirtschaft unterstützt den Vorschlag für einen Data Act, insbesondere wegen seines Potenzials, die Datennutzung für die Daseinsvorsorge zu entfesseln. Die Stärkung der Rechte von Nutzern vernetzter Produkte an erzeugten Daten und der Kunden beim Wechsel von Datenverarbeitungsdiensten ist begrüßenswert. So könnte das bestehende strukturelle Ungleichgewicht ausgeglichen und die stark wachsende Datenwirtschaft fairer gestaltet werden, auch für kommunale Unternehmen.

Dazu sollte die Stärkung der Nutzer im Data Act nicht verwässert werden. Allerdings besteht noch Anpassungsbedarf am Kommissionsvorschlag, denn zentrale Definitionen des Data Acts sowie das Verhältnis zu sektoralen Gesetzen müssen präzisiert werden, um für betroffene Unternehmen Rechtssicherheit zu schaffen.

Um die Datennutzung durch kommunale Unternehmen zu stärken, sollten:

- Die gestärkten Rechte der Nutzer von vernetzten Produkten und Datenverarbeitungsdiensten nicht aufgeweicht werden.
- Daten, die unter den Data Act fallen, von den Bestimmungen der Open Data-Richtlinie ausgenommen werden, insbesondere bei öffentlichen Unternehmen.

Der Data Act kann die Teilhabe kommunaler Unternehmen an der wachsenden Datenwirtschaft stärken.



Quelle: [The European Data Strategy \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&code=sdg_8.4.1) (Seite 3)

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt über 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit rund 283.000 Beschäftigten wurden 2019 Umsatzerlöse von 123 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 13 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen signifikante Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 62 Prozent, Gas 67 Prozent, Trinkwasser 91 Prozent, Wärme 79 Prozent, Abwasser 45 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen durch getrennte Sammlung entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 67 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr Mitgliedsunternehmen engagieren sich im Breitbandausbau: 203 Unternehmen investieren pro Jahr über 700 Millionen Euro. Beim Breitbandausbau setzen 92 Prozent der Unternehmen auf Glasfaser bis mindestens ins Gebäude. Wir halten Deutschland am Laufen – klimaneutral, leistungsstark, lebenswert. Unser Beitrag für heute und morgen: #Daseinsvorsorge. Unsere Positionen: 2030plus.vku.de

Datenwirtschaft

Gestaltung und Realisation: VKU Verlag GmbH | Corporate Media

Direkt zur
[VKU-Stellungnahme zum Data Act](#)

